

07.10.2009 – PM 107/2009

Tarifkonflikt Gebäudereinigung

Arbeitgeber sorgen für Altersarmut

Frankfurt am Main – „Mit ihrer hartnäckigen Weigerung, überhaupt nur über eine zusätzliche tarifliche Altersvorsorge für ihre Mitarbeiter mit der IG BAU zu verhandeln, sorgen die Arbeitgeber der Gebäudereinigung für ein starkes Anwachsen der Altersarmut“, erklärte das für die Branche zuständige Bundesvorstandsmitglied der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Frank Wynands.

Bestätigt werde diese Befürchtung durch die gestern vorgestellte Allensbach-Untersuchung „Altersvorsorge in Deutschland 2009/2010“ im Auftrag der Postbank. Danach spart fast jeder fünfte Deutsche weniger für seine Rente oder hat die private Vorsorge ganz gekündigt. Über die Hälfte der Befragten erklärte, dass sie sich ein solches Investment in Zukunft nicht mehr leisten können oder wollen.

„Die Masse der Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger ist ohnehin finanziell nicht in der Lage, etwas fürs Alter zurückzulegen, sie brauchen jeden Cent um das Hier und Jetzt zu bewältigen“, sagte Wynands. Bei den in der Branche gängigen Niedriglöhnen und einem Anteil von rund 70 Prozent Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung sei kein Spielraum für private Vorsorge. Außerdem seien die Beschäftigten doppelt getroffen von der politisch gewollten Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus.

Daher habe die IG BAU schon frühzeitig die Initiative ergriffen, um in den diesjährigen Tarifverhandlungen eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung zu erreichen. Gefordert sind zunächst ein Arbeitgeberbeitrag von zwei Prozent des Bruttojahreseinkommens eines Beschäftigten, mindestens aber 100 Euro pro Jahr. „Dazu gab es von der Arbeitgeberseite bis zuletzt ein striktes Nein“, erklärte der Gewerkschafter.

In einem vom Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks veröffentlichten Argumentationspapier „Unterstellungen und Fakten im Tarifkonflikt 2009“ bestreiten die Arbeitgeber die Notwendigkeit des Themas: „Die Arbeitnehmer in der Gebäudereinigung haben einen Anspruch auf die

Riesterförderung, wie alle anderen Beschäftigten in Deutschland. (...) Diese Entscheidung für den Aufbau einer Altersvorsorgung muss bei den Beschäftigten eine freiwillige Entscheidung bleiben“.

„Diese Position kann ich nur noch zynisch und weltfremd nennen“, sagte Frank Wynands. „Anstatt die Realität zur Kenntnis zu nehmen und die nötige Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten walten zu lassen, wird aus rein betriebswirtschaftlichem Kalkül hunderttausenden Männern und Frauen eine Zukunftsperspektive verweigert. Daran lässt sich erkennen, wie wertvoll die lieben Mitarbeiter für ihre Chefs wirklich sind“, so Wynands.

(2563 Zeichen)